



An den Grossen Rat

13.0541.02

Petitionskommission  
Basel, 7. November 2013

Kommissionsbeschluss vom 4. November 2013

## **Petition P 314 "Für den Abbau von Hürden zu Bildung, Kultur und Freizeitbeschäftigung"**

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat in seiner Sitzung vom 15. Mai 2013 die Petition "Für den Abbau von Hürden zu Bildung, Kultur und Freizeitbeschäftigung" der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

### **1. Wortlaut der Petition**

*Für unzählige Menschen, die unter Bedingungen von Armut leben, stellen Eintrittspreise, Kurskosten oder Benutzertarife unüberwindliche Hürden dar. Vor allem aus ihrer Mitte wird mit Nachdruck der Wille zum Ausdruck gebracht, diese Hürden abzubauen. Sie äussern den Wunsch, am öffentlichen Zusammenleben teilzuhaben. Denn auch sie wollen die Kulturgüter wahrnehmen, sie mitgestalten und sich persönlich weiterbilden.*

#### **Für sie bietet die soziale Teilhabe:**

- ☐ *Zukunftschancen, auch für die folgenden Generationen*
- ☐ *Soziale Beziehungen, vor allem für aus dem Arbeitsleben Ausgeschlossene*
- ☐ *Soziale Anerkennung, über die (oft fehlende) berufliche Tätigkeit hinaus*
- ☐ *Soziale Netze, die soziale sowie berufliche Integration fördern*

*Die schweizerische Hilfsorganisation Caritas hat dies erkannt. Sie arbeitet darum in der ganzen Schweiz an einer KulturLegitimationskarte, welche für Menschen in sozial benachteiligten Verhältnissen den preislich ermässigten Zugang zu vielfältigen kulturellen und sozialen Angeboten vermittelt. Zu den Vorteilen dieser Legitimationskarte gehört es, dass die vergünstigte Zugänglichkeit zu den mitwirkenden Institutionen keine weitere Abklärung der persönlichen Verhältnisse nötig macht. Die Preisermässigungen betragen mindestens 30%.*

*Die KulturLegitimationskarte von Caritas besteht heute bereits in folgenden Kantonen: **Aargau, Bern, Waadt und Zürich, in den Zentralschweizer Kantonen Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Uri und Zug, in Gemeinden des Kantons Freiburg sowie in der Stadt Chur.***

*Zurzeit gibt es in Basel-Stadt den Familienpass für Familien mit Kindern bis zu 15 Jahren und den Colour-Key für Jugendliche von 15 bis 25 Jahren. Im Weiteren erhalten RentnerInnen von AHV*

*und IV in einigen Institutionen Preisermässigungen. Lücken bestehen heute vor allem für Eltern mit Jugendlichen über 15 Jahren sowie für alleinstehende erwachsene Personen. Dabei sind vor allem allein lebende Menschen in besonderem Masse von Isolierung bedroht.*

**Die Unterzeichnenden stellen mit dieser Petition folgende Begehren an Regierungsrat und Grossen Rat des Kantons Basel Stadt:**

- 1. Den Beziehenden von Sozialhilfe sollen die gleichen Vergünstigungen zugänglich gemacht werden, welche den RenterInnen von AHV / IV und den EL-Beziehenden sowie den InhaberInnen von Colour-Key und Familienpass Plus zustehen. In allen staatlich geführten Institutionen soll dies sofort wirksam werden. In allen subventionierten Institutionen oder Betrieben soll dies so schnell wie möglich zur verbindlichen Auflage werden.*
- 2. Regierungsrat und Grosser Rat sollen die Bestrebungen von Caritas zur Einführung einer umfassenden KulturLegitimationskarte für alle Menschen in prekären Verhältnissen tatkräftig unterstützen.*

## **2. Abklärungen der Petitionskommission**

### **2.1 Hearing vom 18. September 2013**

Am Hearing mit der Petitionskommission nahmen teil: eine Vertreterin und ein Vertreter der Petentschaft, der Geschäftsführer der Caritas beider Basel, welche die Petition unterstützt, sowie der Leiter der Abteilung Kultur des Präsidialdepartements (PD).

#### **2.1.1 Das Anliegen der Vertreter der Petentschaft**

Die Petentschaft erklärt, die Regionalgruppe ATD Vierte Welt Region Basel arbeite als Menschenrechtsbewegung mit den ärmsten Familien zusammen. Sie wolle darauf aufmerksam machen, dass es Menschen gibt, die vom Sozialamt, von der Invalidenversicherung oder von der Alters- und Hinterlassenenversicherung zwar Geld zum Leben erhielten, aber ausserhalb des kulturellen Lebens stünden, weil das Geld dafür nicht ausreicht. Diesen Menschen sei aus finanziellen Gründen z.B. ein Zoo- oder Zirkusbesuch oder ähnliches nicht möglich. Betroffen seien nicht nur Familien, sondern auch allein stehende Menschen, die so vom sozialen Leben ausgeschlossen seien. Diese Problematik sei der Grund für die lancierte Petition, welche u.a. von der Caritas beider Basel unterstützt wird. Ohne kulturellen Teil im Leben, den nicht davon Betroffene etwas ganz Alltägliches fänden, sei jemand schnell isoliert. Von diesem Problem seien viele Menschen betroffen, die arbeitslos würden oder aufgrund einer Scheidung über wenig Geld verfügten, aber auch Frühpensionierte oder Verkaufspersonal, das aufgrund der derzeitigen Wirtschaftslage seinen Job verloren habe. Eine KulturLegitimationskarte könnte Abhilfe schaffen.

Der Geschäftsführer der Caritas beider Basel sagte, Caritas verstehe sich als Sprachrohr für die betroffenen Menschen. Wer über wenig Geld verfüge, verzichte als erstes auf den Besuch kultureller Veranstaltungen. Daher engagiere sich Caritas für die KulturLegi, die erstmals vor 10 Jahren in Zürich ins Leben gerufen und später von der Caritas übernommen worden sei. Die KulturLegi fülle eine Lücke. Bisher gebe es den Colour-Key für junge Leute, den Familienpass für Familien und den Familienpass plus für Familien mit kleinem Budget. Sobald das jüngste Kind einer Familie ins Colour-Key Alter komme, gebe es für eine Familie keinen Familienpass mehr, der Colour-Key biete jungen Leuten aber keine Bildungsangebote an und Alleinstehende hätten weder auf einen Color Key noch einen Familienpass Anspruch.

Ziel der Caritas sei es, bis 2015 die KulturLegi flächendeckend in der Schweiz einzuführen, auch im Kanton Basel-Stadt. Am 17. Oktober 2013, am Tag zur Überwindung der Armut, soll die KulturLegitimationskarte vorgestellt werden. Auf den gleichen Zeitpunkt hin soll im Internet ein Stadtführer für das kleine Budget veröffentlicht werden, mit Erwähnung z.B. des alljährlich stattfindenden Bebbi Jazz.

Es brauche eine finanziell gesicherte Stelle, die sich sowohl für die finanzielle wie auch die Angebotsebene der KulturLegi einsetzt. Benötigt würden dafür ca. CHF 100'000. Die Caritas habe deshalb im Kanton Basel-Stadt wie auch im Kanton Basel-Landschaft eine Anschubfinanzierung beantragt. Evtl. könnte vom Swisslos-Fonds dafür Geld gesprochen werden. Caritas werde in beiden Kantonen nach Angebotspartnern für die KulturLegi suchen, die eine Preisermässigung von mindestens 30% bieten sollten und mit ihnen eine entsprechende Vereinbarung treffen. Der Angebotspartner soll, im Gegensatz zum Colour-Key und dem Ferienpass, das Angebot selbst finanzieren. Als Gegenleistung bekomme solch ein Partner neue Kunden, die zumindest einen Teil an sein Angebot bezahlen. Die Migros sei z.B. schweizweit solch ein Angebotspartner, indem sie von Armut Betroffenen den Besuch von Migroskursen, die eine Woche vor Kursbeginn noch nicht ausgebucht sind, mit einem Rabatt von 50% anbietet. Die Christoph Merian Stiftung (CMS), welche in ihrem letzten Armutsbericht im Jahr 2010 als Massnahme gegen die kulturelle Isolation von Menschen mit zu wenig Geld die KulturLegi angeregt hatte, wie auch die katholische Kirche seien bereit, die KulturLegi zu unterstützen. Hingegen seien z.B. Anfragen bei Novartis oder der Basler Kantonalbank abschlägig beantwortet worden, weil ihnen die Unterstützung der KulturLegi keine Kundenbindung brächte. Darin liege denn auch eine der Schwierigkeiten bei der Partnersuche. Caritas sei optimistisch, dass die KulturLegi in der Region Basel bis in zwei Jahren gut angelaufen sei und bis dann weitere unterstützende Partnerorganisationen gefunden seien.

### **2.1.2 Die Ansicht des Leiters der Abteilung Kultur vom Präsidialdepartement**

Der Leiter der Abteilung Kultur des PD führte aus, das Anliegen der Petition sei in einem grösseren Kontext zu sehen. Es gehe dabei zwar um eine kulturpolitische Frage, aber zugleich auch um eine sozialpolitische. Insgesamt müsse heute das Verhältnis zwischen Vielfalt der Kulturangebote und effektiver Zugangsmöglichkeit der Bevölkerungsgruppen dazu kritisch betrachtet werden. Aufgrund zahlreicher Beobachtungen und Erfahrungsberichte, aber auch aufgrund direkter Rückmeldungen von Betroffenen, müsse leider zunehmend festgestellt werden, dass die Anzahl der Personen, die sich die Kulturangebote nicht mehr leisten können, zunimmt. Davon betroffen seien insbesondere junge Familien, allein erziehende Mütter und Väter, Studierende und Auszubildende sowie Familien mittlerer bis unterer Einkommensklassen. Diese könnten sich oft die Kulturangebote nicht leisten. Es gehe nicht nur um einen Sitzplatz in der Oper oder im Klassischen Konzert, sondern z.B. auch um Veranstaltungen in der Kaserne, die sich die Betreffenden nicht leisten könnten. Ähnliche Beobachtungen würden auch auf nationaler Ebene gemacht. Mit der angespannten wirtschaftlichen Situation nehme diese Problematik offenbar zu. Auf der anderen Seite stünden die Kulturbetriebe ebenfalls unter Druck, mehr Eigenleistungen zu bringen, und sowohl das Theater Basel wie auch die Kaserne hätten als Folge daraus ihre Preise erhöht. Lösungen dieser Problematik seien nicht kurzfristig zu finden, die Thematik werde die Gesellschaft folglich weiterhin beschäftigen. Festzuhalten bleibt, dass die Hürde für den Zugang zu Kultur nach wie vor relativ hoch sei, sowohl beim Theater wie auch bei Museen usw..

Die im Vorfeld angefragten Departemente - Präsidialdepartement (Gleichstellungsbüro, Kantons- und Stadtentwicklung und Abteilung Kultur), Erziehungsdepartement und Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt - ,aber auch der Vorsteher des PD selbst, kämen alle zur selben Einschätzung der Problematik und unterstützten mit Nachdruck, was die Petition beschreibt. Konkret sei der Stand der Dinge wie folgt: Das Gesuch der Caritas, über den Swisslos-Fonds einen Betrag für die Anschubfinanzierung der KulturLegi zu erlangen, werde am Dienstag, 24. September 2013 vom Regierungsrat behandelt. Der Entscheid des Regierungsrats könne nicht vorweg genommen werden, aber alle Fachdepartemente stünden der KulturLegi positiv gegenüber. Der Regierungsrat habe sich bereits mit dem Thema KulturLegi bei der Beantwortung des Anzugs Mäder und Konsorten betreffend Einführung einer KulturLegi (Geschäft Nr. 01.6754) und des Anzugs Saner und Konsorten betreffend verbessertem Zugang zu öffentlichen Angeboten für Personen mit IV-Rente (Geschäft Nr. 10.5207) auseinandergesetzt. Der Regierungsrat habe in der Beantwortung des Anzugs Mäder erwähnt, sich vorstellen zu können, im Sinn einer Anschubfinanzierung bei Projektstart der KulturLegi einen Beitrag aus dem

Swisslos-Fonds zuzusprechen. Der Regierungsrat sei von seiner ursprünglich ablehnenden Haltung gegenüber der KulturLegi zu deren Befürwortung gewechselt, allerdings immer unter der Bedingung, dass Caritas die Initiative dazu ergreifen müsse und nicht der Kanton.

Im Falle einer Einrichtung der KulturLegi, was begrüsst würde, sollte jedoch berücksichtigt werden, dass es viele Arten von Vergünstigungen für andere Zielgruppen gebe. Dem PD, aber auch den übrigen involvierten Departementen und Amtsstellen, sei es daher für den Erfolg des Projekts ein grosses Anliegen, dass diejenigen Organisationen, die Tickets für ihre kulturellen Anlässe anböten, ihre Angebote koordinierten und auch die KulturLegi mit den verschiedenen Angeboten koordiniert wird. Das PD unterstütze die Notwendigkeit einer KulturLegi. Sie müsse einfach und unbürokratisch umgesetzt werden.

Wie der Name sage, schiebe ein allfälliger Regierungsratsbeschluss zugunsten der Einrichtung der KulturLegi die Sache lediglich an. Komme die Anschubfinanzierung durch Swisslos-Mittel zustande, stelle sich später die Frage, wie das Angebot ab 2016 gesichert werde. Der Kanton selbst habe kein Recht, den Kulturinstitutionen Auflagen zu machen, weil es kein Rechtsmittel gebe, in deren Handelsautonomie einzugreifen. Solch ein Vorgehen wäre auch nicht hilfreich für das Anliegen, denn in den Institutionen müsse ebenfalls eine Überzeugung dafür bestehen. Das Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, könnte höchstens eine Empfehlung abgeben, die den Institutionen nahe legt, die KulturLegi einzuführen. Dies würde die Abteilung Kultur selbstverständlich tun. Von daher wäre das Petitum teilweise erfüllt.

### **3. Erwägungen der Petitionskommission**

Am Schluss des Hearings äusserten sich die Vertreterin der Petentschaft und des Vertreters der Caritas wie folgt: Am Hearing sei so viel Positives erfahren worden. Die Planung der KulturLegi sei noch nie so weit gediehen wie zum aktuellen Zeitpunkt. Offenbar ziehe man am selben Strick. Das vom Leiter der Abteilung Kultur des PD gegebene Signal sei Basis für eine entsprechende Empfehlung der PetKo. Das sei das Maximum, das erreicht werden könne.

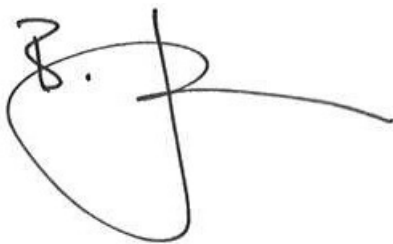
Am 24. September 2013 bewilligte der Regierungsrat Swisslos-Fonds-Mittel in der Höhe von CHF 50'000 für das Projekt der Caritas, eine KulturLegi beider Basel zu lancieren.

Die Petitionskommission ist erfreut über die gesprochenen Swisslos-Fonds-Mittel und empfiehlt, die KulturLegi langfristig einzuführen.

### **4. Antrag**

Die Petitionskommission beantragt, vorliegende Petition als erledigt zu erklären.

Im Namen der Petitionskommission

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'B' followed by a dot and a long horizontal stroke extending to the right.

Dr. Brigitta Gerber  
Präsidentin